

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Redaktion und die Druckerei die Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben an. - Druckerei: Auer, 1923. - Preis: 10 Pf. - Nummer 150.

Veröffentlichungen nehmen die Redaktion und die Druckerei die Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben an. - Druckerei: Auer, 1923. - Preis: 10 Pf. - Nummer 150.

Veröffentlichungen nehmen die Redaktion und die Druckerei die Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben an. - Druckerei: Auer, 1923. - Preis: 10 Pf. - Nummer 150.

Nr. 150

Sonnabend, den 30. Juni 1923

18. Jahrgang

### Politische Wochenschau.

Von Oberbürgermeister Dr. A. A. A., M. d. R.

Die Wochenschau des Auer Tageblattes hat in der letzten Nummer die Besprechung der Verhandlungen zwischen England und Frankreich zum Thema gewählt. Die Verhandlungen sind in der Tat eine der wichtigsten Ereignisse der letzten Wochen. Sie haben die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen und die Meinungen der Menschen über die Zukunft Europas in hohem Maße beeinflusst. Die Verhandlungen haben gezeigt, dass die Beziehungen zwischen England und Frankreich in der letzten Zeit eine bemerkenswerte Entwicklung genommen haben. Die Verhandlungen sind ein Zeichen dafür, dass die beiden Nationen bereit sind, ihre Differenzen zu überwinden und zu einer neuen Verständigung zu gelangen. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Herstellung des Friedens in Europa. Die Verhandlungen haben auch gezeigt, dass die Beziehungen zwischen England und Frankreich in der letzten Zeit eine bemerkenswerte Entwicklung genommen haben. Die Verhandlungen sind ein Zeichen dafür, dass die beiden Nationen bereit sind, ihre Differenzen zu überwinden und zu einer neuen Verständigung zu gelangen. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Herstellung des Friedens in Europa.

geschriebenen Buchstaben legen möchte, den Satz: Wer fortwährend die Tendenz gegen Berlin hervorhebt, nähert die Hoffnung der Franzosen. Vielleicht studiert Herr Dr. Beigner auch einmal die Neben seines Parteifreundes und preussischen Ministerkollegen Sebering, der sich von Tag zu Tag in der entgegengesetzten Richtung des Herrn Dr. Beigner entwickelt, als er immer stärkere staatsmännliche Qualitäten zeigt. Sebering erklärte auf der Tagung des rheinischen Provinziallandtages, daß der Zweck des ganzen Widerstandes an Rhein und Ruhr sei, die junge Republik zu einem gleichberechtigten Gliede in der großen Völkervereinigung zu machen. Würden wir den anderen Weg gehen, also den von Herrn Dr. Beigner gemollten, so würden wir allerdings wohin er fährt: Er fährt totwärts ins Verderben. Der verantwortungslose Rede Dr. Beigners gegenüber ist es eine gewisse Beruhigung zu wissen, daß die führenden Kreise der Sozialdemokratie weit von ihr abrücken, gerade die ganze Haltung des preussischen Ministers des Innern Sebering ist hierfür der bestmögliche Beweis. Umso tiefer ist es zu beklagen, daß dieser aufrechte und gerade Mann aus den Kreisen der Parteien auf eine Weise bekämpft wird, die jeden anwidern muß. Die rechtsgerichteten Kreise in Preußen sollten froh und dankbar sein, an dieser Stelle der Regierung einen Mann zu haben, der ohne engstirnige parteipolitische Einstellung unter starker Betonung der nationalen Notwendigkeiten eine Politik gegenüber dem

Ruhrproblem treibt, die durchgehende Gelangheit ist die Widerstandskraft der breiten Massen, sowohl an der Ruhr wie im inneren Lande aufrecht zu erhalten und zu stärken. Doppelt bemerkenswert ist es auch, gerade jetzt zu sehen, mit welchem Humanismus von rechts her gegen Andersdenkende vorgegangen wird. Wenn es auch nicht angängig ist, die schrecklichen Morde, die jetzt in Westfalen aufgedeckt worden sind, rechtsgerichteten politischen Kreisen an die Ruchhöfe zu hängen, so soll doch alle die, die in maßloser Kritik gegen einen Mann wie Sebering vorgehen, bedenken, daß auch der Rathenowmord seinerzeit nur in einer Atmosphäre als very braverische Tat reifen konnte, in der für unreflexe Ergänzungen der Anreiz zu solchen Verbrechen stimmungsabhängig geschaffen wird. Nichts wäre für unsere inneren Zustände verhängnisvoller, als wenn zu den politischen Morde im Ruhrgebiet sich politische Schandthaten an anderen Stellen Deutschlands hinzugesellen sollten. Das Blut, welches an der Ruhr fließt, erzeugt das selbst das Grauen in weiten französischen Kreisen; diese abstoßende Barbarei wird gewiß allen gemäßigteren Beinen zuwider sein, so schreibt die „Liberte“, und die „Humanite“ ruft der französischen Öffentlichkeit Meinung zu: „Demur der Toten! Räumen das Ruhrgebiet! Man kann nur hoffen, daß diese Besetzungsercheinungen in der französischen öffentlichen Meinung nach und nach mehr an Boden gewinnen.“

### Die Wirkung der Friedensmahnung des Papstes.

#### Kardinalstaatssekretär Gasparri kommentiert.

„Osservatore Romano“ schreibt in einer Betrachtung über den Brief des Papstes, die Gasparri zugeschrieben werden muß:

„Deutschland erkennt seine Pflicht an, in den Grenzen des Möglichen die den Völkern und Vändern ausgefüllten Schäden wieder gut zu machen, und die Gläubiger haben ein Recht, eine Wiedergutmachung der Schäden zu verlangen, aber nicht über die Zahlungsfähigkeit des Schuldners hinaus, d. h. sie können nicht fordern, daß Deutschland gebe, was es nicht zahlen kann, ohne vollständig seine eigenen Hilfsquellen und seine Leistungsfähigkeit zu erschöpfen, was nicht nur gegen die Gerechtigkeit, gegen die Barmherzigkeit und gegen das Interesse des Schuldners verstößt, sondern auch gegen das der Gläubiger, und die Gefahr schwerer sozialer Unruhen sowie Gefährdung des Lebens heraufbeschwören würde.“

In Wirklichkeit leugnen die Gläubiger die Aufrichtigkeit Deutschlands und meinen, daß die jetzt geforderten Reparationen, nachdem mehrmals Herabsetzungen stattgefunden haben, nicht die Zahlungsfähigkeit Deutschlands überschreiten. Dies sind Taxaufschlagungen, die bei den bevorstehenden diplomatischen Besprechungen geprüft werden müssen. Der Heilige Stuhl kann und will sich in diese Fragen nicht einmischen. Ihn genügt es, an die Grundsätze der Gerechtigkeit und Barmherzigkeit erinnert zu haben, zu deren Hüter ihn Gott berief. Es ist zu hoffen, daß die Mächte auf freundschaftliche Weise oder mittels der von Deutschland selbst geforderten Kontrolle festlegen können, wieviel Deutschland an Reparationen zahlen kann und soll, und dies wird ihnen gelingen, wenn sie sich von dem Gedanken an den Frieden und nicht von dem an erlittene Unbill leiten lassen.“

Der Papst erkennt an, daß die Gläubiger ein Recht auf Zinsen haben, die im Verhältnis zu dem stehen, was ihnen geschuldet wird, aber er legt den Gläubigern nahe, zu ermögen, ob es unbedingt notwendig ist, alle Gebietsbesetzungen aufrechtzuerhalten, und ob es nicht besser sein würde, sie durch andere nicht minder wirksame aber gemäßiger belästigende Maßnahmen zu ersetzen. Wenn die Mächte auf die Umsetzung des Heiligen Stuhles eingehen würden, würden die Besetzungen weniger hart sein. D. h. sie würden von den Bevölkerungen leichter ertragen werden und kulenweise die zu ihrem vollständigen Aufheben beringert werden. Dann, aber auch nur dann, würde man zu jener wirklichen Befriedigung der Völker gelangen, welche die Vorbedingung für die von allen heiß ersehnte wirtschaftliche Wiederherstellung ist. Dies ist das Programm des Friedens, das der Papst im Namen Gottes aufstellt.

Stellenweise Zustimmung.

Senator Massimo Morelli, dessen Artikel gleichseitig in der „Luzette“ und dem „Popolo d'Italia“, dem Gegenstande, erzielten, schreibt über den Brief des Papstes, daß dieser einzig im Namen der

menschlichen und der göttlichen Gerechtigkeit, nehmen. Zum ersten Male habe der Vatikan so klar und unbedingte um die Folgen gesprochen. Das Schwerkriegs habe diesmal eine scharfe Schärfe und die größte moralische Bedeutung, weil alle Völker der selben Meinung wie der Papst sind.

Die Ruhrfrage, welche die Wurzel des europäischen Leidens sei, müsse gelöst werden, ausschließlich eine französische Frage zu sein. Die französische Intervention in dieser Frage müsse von Europa abgelehnt werden und Frankreich müsse durch Forderung der Barmherzigkeit abgedrückt werden, damit weitere Opfer, deren erstes Beleg sein würde, erspart bleiben. Falls Frankreich nicht nachgibt, so würde es Europa und Amerika zeigen, daß es den Weltfrieden nicht will.

#### Günstige Aufnahme des Papstbriefes in England.

„Daily Telegraph“ bezeichnet den Papstbrief als ein bemerkenswertes Dokument, das sich nicht nur auf akademische Warnungen und Wünsche beschränkt, sondern eine ganz konkrete Politik aufstellt und sogar wirtschaftliche Ermüdungen nicht verschmäht. In diesem Hinblick käme dem Brief eine besondere und außerordentliche Bedeutung zu. Die Kundgebung des Papstes stimmt vollkommen mit den Auffassungen von London und Washington überein. Die Veröffentlichung erfolgte gerade in richtigen Augenblick in dem die interalliierten Verhandlungen zu einer kritischen Wendung gehen. Das Blatt weist weiter auf die Möglichkeit hin, daß auch die kirchliche Anwesenheit des Kardinals Tetta im Ruhrgebiet sowie die Tatsache, daß Krupp früher einmal der preussischen Gesandtschaft beim Vatikan angehört (?), vielleicht den Schritt des Papstes beeinflusst habe. Das wichtigste Merkmal des Briefes besteht jedoch darin, daß er für die Einsetzung einer internationalen Kommission, wie sie vom Staatssekretär Hughes vorgeschlagen wurde, eintritt.

Wenn eine Einigung zwischen Paris und London nicht zustande käme, könnte England gemeinsam mit den anderen Alliierten eine solche unparteiliche Kommission einlegen und ihr Urteil über die Leistungsfähigkeit Deutschlands anerkennen.

#### Schroffe Ablehnung durch Frankreich.

Der Brief des Papstes an den Kardinalstaatssekretär Gasparri erfährt in der Pariser Presse nach wie vor die schroffste Ablehnung. Am nachfolgenden ist nach den offiziellen „Petit Parisien“, der von einem ganzlich unrichtigen Briefe spricht. Deutlicher wird das „Echo de Paris“, wenn es schreibt: „Unschlüssigkeit, ruhige Karten und festen Willen!“ Poincaré würde sich auf die Katholiken Frankreich verlassen, die deutlich erkannt hätten, daß sich die Politik des Papstes gegen die Vaterland richtet. (1) Der Papstbrief, wie auch die Erklärung an den Kardinalstaatssekretär Gasparri, werden in Paris allgemein sehr unangenehm empfunden, und die ganze Welt richtet sich gegen den französischen Vorkämpfer beim Vatikan, weil dieser die Berücksichtigung eines solchen Urteils nicht zu verhindern vermögen sollte. Frankreich kann nun einmal die Verantwortung nicht

Umso verwerflicher ist es, wenn in solchen Zeiten von verantwortlichen Seite aus die Bedeutung dieses passiven Widerstandes distinktiert wird. Hier aber liegt das Ungeheuerliche der in letzter Zeit viel behaupteten Rede des kaiserlichen Ministerpräsidenten Dr. Beigner. Man muß auch einem politischen Gegner, solange man nicht zur gegenseitigen Annahme unbedingt gezwungen ist, immer noch ehrbare Motive zuerkennen. Bei Dr. Beigner wird man als solches Motiv die Absicht annehmen dürfen, mit ungehämelter Wahrheit die Dinge so zu schildern, wie sie sich nach seiner Auffassung darstellen. Wenn aber Dr. Beigner die von ihm in seiner Rede entwickelte Auffassung hat, so ergab sich für ihn als Staatsmann die Notwendigkeit der Prüfung ob es im gegenwärtigen Augenblick mit den vaterländischen Interessen vereinbar sei, derartige Gedankengänge gerade jetzt vor allem Welt zu entwickeln; denn die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes einschließlich der sozialdemokratischen Kreise, ist der Überzeugung, daß der passive Widerstand aufrecht erhalten werden müsse. Kein anderer als der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat gerade in Dresden der Überzeugung Ausdruck verliehen und mit Recht darauf hingewiesen, daß bei den kühnsten Verhandlungen zwischen England und Frankreich jede Möglichkeit für England, einen Druck auszuüben, wegfiel, wenn der passive Widerstand im Ruhrgebiet aufgegeben würde. Die Rede Dr. Beigners ist also mindestens eine staatsmännliche Unfähigkeit. Sie ist aber leider noch viel mehr: Sie ist eine Verantwortungslosigkeit im vaterländischen und eine bewußt begangene Gefährdung gegen die Politik des Reiches, von eigenen Partei und der überwiegenden Volkmeinung in dem eigenen Land. Der sozialdemokratische Redner im bairischen Landtag sagte vor einigen Tagen einen Satz, den ich Dr. Beigner als Motto aber keine künftigen Reden mit Recht